

Unsere Energie. Unser Geld: „Energiewende mit Bürgerbeteiligung attraktiver und demokratischer gestalten“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Starke, sehr geehrter Herr Landrat Kalb,

Anbei erhalten Sie unseren Antrag „Energiewende mit Bürgerbeteiligung attraktiver und demokratischer gestalten“.

Antragstitel: „Prüfantrag Energiewende mit Bürgerbeteiligung attraktiver und demokratischer gestalten“

Antrag:

Die notwendige Reduzierung der CO₂-Emissionen bis hin zum Umstieg auf 100% Erneuerbare bis 2035 (Ziel der Klima- und Energieagentur, zu dem sich Stadt und Landkreis 2008 bekannt haben) bedeutet eine gewaltige Herausforderung für den Umbau der Energieerzeugung, da nicht nur im Bereich Stromerzeugung, sondern insbesondere auf dem Sektor der Wärmeversorgung noch erhebliche Schritte zu machen sind. Die sichere und kostengünstige Versorgung mit sauberen, klimaschonenden Energien liegt einerseits im Interesse der Bürgerinnen und Bürger und kann andererseits nur mit ihrem Einverständnis, ihrem Engagement und ihren Investitionen erfolgreich realisiert werden. Die Dezentralisierung der Stromgewinnung eröffnet hierbei die Möglichkeit, die Wertschöpfung vor Ort zu halten, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger an der Transformation zu beteiligen.

1. Stadt und Landkreis Bamberg nehmen daher ihre Verantwortung wahr, indem sie ihre Kooperation im Bereich Energiewende verstärken und anstreben, den Ausbau der Erneuerbaren Energien vorzugsweise durch Beteiligungsformen mit Investments aus der Bürgerschaft zu verfolgen. Daher beauftragen der Stadtrat und der Kreistag gemeinsam die Klima- und Energieagentur zu prüfen, welches Finanzinstrument (z.B. Solarsparbriefe, Nachrangdarlehen u.ä.) am geeignetsten erscheint, um eine Bürgerbeteiligung an den Investitionsvorhaben der Stadt Bamberg und der Kommunen im Landkreis Bamberg im Bereich erneuerbare Energien zu ermöglichen.

2. Hierbei soll auch geprüft werden, ob die Regionalwerke GmbH als Gremium ertüchtigt werden können, das diese Bürgerbeteiligung initiiert, koordiniert und sowohl den Kommunen als auch den interessierten Bürgerinnen und Bürgern beratend zur Seite steht. Durch den Austausch mit anderen Kommunen (z.B. Haßfurt), die dieses Werkzeug schon erfolgreich einsetzen, können hierbei Anfangsfehler vermieden sowie erfolgreiche Modelle übernommen und an die hiesigen Verhältnisse angepasst werden. Hierbei soll auch die mögliche Nutzung oder Anpassung bereits bestehender Plattformen, die die digitale Abwicklung ermöglichen, geprüft werden, um den Aufwand und die Kosten so gering wie möglich zu halten.

3. Die Regionalwerke sollen dazu angehalten werden, als erstes Projekt mit Bürgerbeteiligung eine mögliche Investition zur Überdachung des von ihnen betriebenen Parkplatzes am Schillerplatz mit PV-Anlagen zu prüfen. Neben dem konkreten Nutzen durch die Stromerzeugung, der für Ladesäulen sowie für das neben dem Parkplatz befindliche Amt für Ländliche Entwicklung genutzt werden könnte, liegt ein weiterer Nutzen in einer Stärkung der Demokratie: Stadt und Landkreis untermauern ihren Willen zur Kooperation, fungieren als Vorbild für die konsequente Umsetzung der eigenen Ziele von 2008 und erhöhen die Partizipationsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Sie schaffen somit mehr Bürgernähe und Vertrauen in die politischen Institutionen.

Begründung:

Mit diesem Antrag soll die Energiewende vor Ort unterstützt werden. Die Chance in einer finanziellen Bürgerbeteiligung am Ausbau erneuerbarer Energien (Windparks, Parkplatz PV-Anlagen etc.) liegt darin, dass diese die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger nutzt, auch zu relativ niedrigen Zinssätzen zu investieren, um die eigene Kommune zu unterstützen. Sie schafft eine deutlich höhere Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Zielen der Energiewende und zeigt klar auf, dass es einen Unterschied macht, wo man das eigene Geld investiert. Zudem erhöht sie die Aufmerksamkeit für Klimaschutzbemühungen in Stadt und Landkreis und deren Vorbildfunktion. Sie steigert die regionale Wertschöpfung, da die Zinserträge an die Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Landkreis Bamberg zurückfließen.

Mehr Bürgernähe und die konsequente Umsetzung der eigenen Ziele durch öffentliche Institutionen von Stadt und Landkreis schützt nicht nur das Klima und erhält die Lebens- und Aufenthaltsqualität, sondern schafft auch Vertrauen in politische Prozesse und Institutionen und schützt damit letztendlich auch die Demokratie.